

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Ercheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenstell: Edward Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Interesse für die bürgerlichen Petitione oder deren Raum: 1. R.
Verzögerungsangelegenheiten und Arbeitervermittlung 50 Bfg.
Verammlungsanzeigen 30 Bfg.

Die Gewerkschaften und die wilden Streiks

Die Revolutionszeit hat eine solche Hochflut von Streiks hervorgerufen, daß von den verschiedensten Seiten ernsthaft gewarnt werden mußte, die Revolution in eine große Lohnbewegung ausarten zu lassen. Diese Warnungen sind durchaus berechtigt, sowohl vom politischen als auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus.

Die Arbeiterschaft hat während des Krieges schwere Entbehrungen ertragen. Die rationierten Lebensmittel wurden in völlig unzureichenden Mengen abgegeben; daneben stand aber der Schleichhandel in hoher Blüte. Wer auf das Geld nicht zu sehen brauchte, konnte sich alle Genüsse leisten. Für die Ernährung der städtischen Bevölkerung hat der Schleichhandel mit der Zeit fast eine größere Bedeutung erlangt als die amtliche Lebensmittelverteilung. Bei der Bemessung der Löhne spielten die behördlich festgesetzten Höchstpreise für die Lebensbedürfnisse keine Rolle, die Preise im Schleichhandel mußten notwendig zugrunde gelegt werden. Diese stiegen aber noch schneller als die Löhne. Bei dem Vergleich zwischen Lohn und Lebensmittelpreisen war der Arbeiter immer der Betrogene.

Nun kam die Revolution, und sie beseitigte manche Hemmungen. Das Volk freute sich des Sturzes der bisherigen Machthaber und der errungenen Freiheit. Aber ungestüm meldete sich der Lärrende Magen und verlangte sein Recht. Wenn es auch wohl nicht offen ausgesprochen wurde, den meisten auch wohl kaum klar zum Bewußtsein kam, so war ihr Handeln doch von dem Gedanken diktiert, daß auch der einzelne einen unmittelbaren Nutzen von der Revolution haben müsse; zum mindesten muß man sich doch satt essen können. Um das zu ermöglichen, haben die bisherigen Löhne nicht genügt, also ist eine Lohnerhöhung unerlässlich. Eine große Lohnsteigerung muß die sich daraus ergebende Ertragsmindernde der Revolution sein.

Diese Auffassung ist menschlich begreiflich, aber auch rational kurzfristig. Selbstverständlich findet das Streben nach hohen Löhnen unsere volle Unterstützung, aber der denkende Gewerkschafter muß doch wohl einige wichtige Momente nicht in Betracht ziehen. Da ist zunächst zu berücksichtigen, daß die Lohnhöhe an sich noch gar nichts besagt. Nicht sowohl auf die Höhe der Summe kommt es an, die der Arbeiter am Schluß der Woche für seine Lohn laufen kann. Es wäre deshalb ernstlich zu erwägen, ob es nicht angebracht wäre, sehr nachdrücklich auf die Senkung der Preise der Lebensbedürfnisse, besonders der Nahrungsmittel hinzuwirken, um die Kaufkraft des Geldes zu erhöhen.

Daß sich unter Wirtschaftsleben in einer furchtbaren Krise befindet, sieht wohl jeder ein; errettet kann es nur werden durch fleißige Arbeit. Wir müssen arbeiten, um den eigenen Bedarf im Inland zu befriedigen, ganz besonders wichtig ist es aber, im Ausland Abzug für die deutschen Waren zu erlangen. Erschütterungen des Wirtschaftslebens durch Arbeitsminderungen müssen jetzt nach Möglichkeit verhindert werden. Bei den Lohnforderungen, die erhoben werden darf man die Existenzfähigkeit der Industrie nicht außer Betracht lassen. Mit der Ausprägung solcher Gedanken kann man bei Arbeitern, die in dem Eifer für ihre Partei die Ertragsmindernde der Revolution zu sichern, die Fähigkeit, die Dinge objektiv zu beurteilen, verloren oder sie nicht zu erkennen haben, nicht auf Verfall rechnen. Aber gerade deshalb müssen diese Dinge mit rückhaltloser Offenheit auszusprechen werden.

Eine Ertragsmindernde der Revolution soll die Veranschaulichung der Produktion sein. Die Großbetriebe, vielleicht in erster Linie die Bergwerke, sollen in dem Bestreben des Gemeinwerts überführt werden. Das heißt, der Gewinn, den der Besitzer daraus zog, soll künftig der Gemeinschaft des Volkes zugute kommen. Indem er in die Staatskasse fließt, natürlich soll die Lage der Arbeiter verbessert, ihr Lohn erhöht werden. Aber auch hier müssen vernünftige Grenzen innegehalten werden, insbesondere muß darauf geachtet werden, daß die Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit behält.

Die revolutionären Zustände, unter denen wir leben, haben das Streben zu einer recht leichten Sache gemacht. Es ist gar kein Mühe damit verbunden, miteinander nicht einig über eine Lohnhöhe. Da ist es kein Wunder, daß die Streikbewegung heute Wogen schlägt, und daß von ihr vornehmlich solche Arbeiterführer erzählt werden, denen früher der Gedanke einer Opposition gegen den Unternehmer völlig unbekannt war. Heute weiß man von Streiks, die von Perlenkorn geführt werden, bei denen noch vor wenigen Wochen das Aussprechen dieses Wortes schon einen schändlichen Schandestreich war. In den Bergwerksbezirken, wo die Arbeiterschaft schon seit Wochen nicht zur Ruhe kommt und durch ihr Verhalten ganz Preussischland in die schwerste Katastrophe drückt, sind die Träger der Streikbewegung unorganisierte Leute, die aber auch solche, die bisher als Feinde den Schwanz der Unternehmer gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter bedeckten.

So ist es durchgängig in allen Gewerben, die jetzt die Aufmerksamkeit durch eine ausgedehnte Streikpropaganda in den Medien heizen. Es gibt zweifellos auch Ausnahmen, aber in

der Regel sind die Angehörigen der Gruppen, die sich durch die Nachlässigkeit ihrer Forderungen auszeichnen, noch vor kurzer Zeit Mitglieder der Selben oder unorganisiert gewesen. Das hindert sie natürlich nicht, sich mit großer Lust über die Gewerkschaftsführer zu entlassen, die sich dem Treiben der unverantwortlichen Kräfte entgegenstellen, und die bemüht sind, die Bewegung in gesunde Bahnen zu lenken.

Es braucht wohl kaum besonders betont zu werden, daß die Gewerkschaften nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß der Streik eine unentbehrliche Waffe im Wirtschaftskampf ist, auf die unter keinen Umständen verzichtet werden darf. Aber diese Waffe muß richtig angewendet und geschickt geführt werden, wenn sie Erfolg versprechen soll. Das darf nicht ein Ergebnis der Revolution sein, daß die in Jahrzehntelanger Arbeit, in einer Unmenge von Kämpfen gesammelten Erfahrungen nun über Bord geworfen werden. Gewiß hat uns die Revolution vor neue Aufgaben gestellt, die Berücksichtigung heischen, und das wäre ein schlechter Gewerkschaftsmann, der nur nach einem überkommenen Schema zu arbeiten verstände, und der nicht fähig wäre, sich schnell jeder gegebenen Situation anzupassen. Aber man soll nicht als neue, aus der Revolution geborene Weisheit zu verzapfen suchen, was sich jeder in der Arbeiterbewegung tätige Mann längst an den Schuhsohlen abgelaufen hat.

Dazu gehört die Lehre von der Möglichkeit wilder Streiks. Wie im Kriege eine disziplinierte Armee die Voraussetzung für die Erringung eines dauernden Erfolges ist, so ist auch für die Führung des Wirtschaftskampfes die gewerkschaftliche Leitung unentbehrlich. Der gewerkschaftliche Streik ist ein Mittel, dem Unternehmer zu schaden; sein Gewinn soll beeinträchtigt oder unterbunden werden, um ihn dadurch zu nötigen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Der disziplinierte Gewerkschafter verweigert es aber, den Betrieb selbst zu schädigen, oder die Möglichkeit der Produktion zu unterbinden. Die Arbeiter wollen ja ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, wenn ihre Forderungen bewilligt sind. Ein Sieg der Arbeiter, der mit dem Zusammenbruch des bestreikten Betriebes erkauft ist, bedeutet einen Pyrrhusieg. Was nützt uns die vollständige Durchsetzung aller Forderungen, wenn uns nachher die Möglichkeit fehlt, zu arbeiten und uns in den Genuß der Ertragsmindernde zu setzen?

Dahin führen uns die wilden Streiks, deren lauteste Ruf nach meist solche Leute sind, die gestern noch sich feige vor jedem Stürmchen des Unternehmers gebückt oder sich gar als Sturmböden gegen ihre kämpfenden Klassenossen verwenden ließen. Unser ganzes Wirtschaftsleben pendelt am Abgrund, jetzt gilt es vor allem, den völligen Zusammenbruch zu verhindern. Dazu ist Organisation notwendig. Organisation nach jeder Richtung. Vor allem auch gewerkschaftliche Organisation. Alle Arbeiter müssen sich ihrer Gewerkschaft anschließen. Die Gewerkschaft ist die allein berechnete Stelle zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Sie allein bietet Gewähr dafür, daß die Wohlfahrt der Arbeiter geschützt, ohne daß die Existenz der Industrie gefährdet wird.

Erkennlicherweise kann von übertriebenen Forderungen und wilden Streiks in der Holzindustrie im allgemeinen nicht gesprochen werden. Vielmehr ist das dem Umstand zu danken, daß unsere Kollegen gewohnt sind, Lohnstreikigkeiten auf ordnungsmäßigem Wege unter der Leitung unseres Verbandes zum Austrag zu bringen. Wo sich die Notwendigkeit dazu ergab, da ist unser Deutscher Holzarbeiter-Verband einem Streik nie ausgewichen, das beweist die Streikstatistik des Verbandes, insbesondere auch während der Kriegszeit; auch neuerdings haben die Kämpfe nicht grundsätzlichen Charakter. Aber das wichtigste Mittel zur Wahrung der Interessen der Kollegenschaft, dessen sich unser Verband jetzt vornehmlich bedient, das ist der Abschluß von Tarifverträgen.

Es mag Leute geben, die voll Ueberhebung auf die Gewerkschaften und ihre Führer verfallen, die sich in dieser revolutionären Zeit mit dem Abschluß von Tarifverträgen abgeben, in dieser Zeit, wo alles, was die Arbeiter erstreben, durch ein Nachtgebot des siegreichen Protestartils diktiert werden kann. Wer so urteilt, beweist aber nur, daß er von dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes nichts versteht, und daß ihm jeder Weitblick abgeht. Wir dürfen doch keinen Augenblick vergessen, daß wir uns in jeder Hinsicht in einer Uebergangszeit befinden. Wir stehen zwischen Krieg und Frieden in der Zeit des Waffenstillstandes. Die politischen Verhältnisse Deutschlands sind noch völlig ungeklärt. Noch können wir nicht die künftigen Grenzen des Deutschen Reiches. Wir wissen nicht, welche Reichweite die Nationalversammlung in bezug auf die innere Gliederung und die Verfassung der Republik beizubehalten wird, und ebensowenig kennen wir den Umfang der Lasten, die uns die Regierende Entente auferlegen wird.

In engstem Zusammenhang mit den politischen Fragen stehen die wirtschaftlichen. Die Industrie, die noch vor kurzem auf das angelegentlichste mit Kriegsaufträgen be-

schäftigt war, ist fast völlig zum Stillstand gekommen. Es fehlt nicht nur an Rohmaterialien, sondern auch an Aufträgen. Solche sind in größerem Umfang erst zu erwarten, wenn sich die politischen Verhältnisse geklärt haben. Daß es aber auch dann noch sehr lange dauern wird, bis die deutsche Industrie ihre alte Blüte wiedererlangt hat, ist für keinen Kenner der Verhältnisse zweifelhaft.

Um dem Notstand einigermaßen zu steuern, hat die vorläufige Regierung eine Reihe von sozialen Gesetzen erlassen, so über den Achtstundentag und eine weitere Verknüpfung der Arbeitszeit, über Einstellungszwang, Arbeitslosenfürsorge usw. Die organisierte Arbeiterschaft in allen Ländern erstrebt internationale Abmachungen über weitgehenden Arbeiterschutz. Ob es gelingen wird, entsprechende Bestimmungen in die Friedensverträge aufzunehmen, steht noch dahin, aber feststeht, daß ein einzelnes Land, und besonders eins mit einer so zerrütteten Wirtschaft, wie es Deutschland zurzeit ist, seine sozialpolitische Gesetzgebung nicht völlig unabhängig von dem Stand der entsprechenden Gesetze in den anderen Ländern regeln kann. Ein sehr schwieriges Problem ist die Arbeitslosenfürsorge. Die Zahl der Arbeitslosen in den Großstädten wächst unheimlich. Die Unterstützung, die ihnen gewährt wird, ist im Hinblick auf die herrschende Teuerung gewiß nicht zu hoch, aber sie verschlingt phantastische Summen, die doch wieder aufgebracht werden müssen.

Wo man hinblickt, sieht man phantastische Summen, die bis zu ihrer Konsolidierung noch sehr gründliche Änderungen erfahren werden. Ist das im Ernst zu erwarten, daß Lohnvereinbarungen, zu denen widerstrebende Unternehmer durch wilde Streiks gezwungen wurden, obwohl sie den unausbleiblichen Ruin des Unternehmens bedeuten, von da uerndem Bestand sein werden? Der überspannte Bogen bricht schließlich, und Uebertreibungen von der einen Seite ziehen notwendig die Reaktion von der andern Seite nach sich. Wer gegenwärtig zur Mäßigung mahnt, setzt sich leicht der Gefahr aus, daß seine Absicht mißdeutet wird; das darf aber den, dem das Wohl der Arbeiterschaft am Herzen liegt, nicht hindern, offen über diese Dinge zu sprechen.

Die Faktion der Gewerkschaften und besonders auch unseres Verbandes ist darauf gerichtet, stabile Verhältnisse zu schaffen. Wir sind bestrebt, angemessene Arbeitsbedingungen vertraglich festzulegen. Wenn die Gewerkschaften phantastische Lohnforderungen nicht unterstützen können, so lassen sie sich dabei von einer klugen Voraussicht leiten. Die augenblicklichen Zustände sind nicht zu halten. Waren herzustellen und den Außenhandel neu zu beleben. Die Produktionskosten müssen die Konkurrenz mit ausländischen Erzeugnissen ermöglichen, wenn die deutsche Industrie überhaupt wieder lebensfähig werden soll. Wie sich der Uebergang zu normalen Verhältnissen vollziehen wird, vermögen wir nicht vorauszusagen, wohl aber läßt sich voraussehen, daß die Arbeiter den Unternehmern gegenüber noch in eine schwierige Position geraten werden.

Wenn dieser Fall eintritt, werden, das ist auch mit Sicherheit zu erwarten, diejenigen, die heute in Lohnfragen die wilden Stürmer und Dränger sind, wieder in ihre frühere Gleichgültigkeit zurückfallen. Um so schwerer werden die Aufgaben sein, welche die Gewerkschaften dann zu erfüllen haben. An diese Zukunft, die vielleicht gar nicht fern ist, müssen wir denken, und deshalb raten wir unseren Kollegen, sich diejenigen, die sie zu wilden Streiks und unorganisierten Lohnbewegungen anrufen wollen, recht sorgfältig zu betrachten. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband hat sich bisher bei jeder Gelegenheit als zuverlässiger Schützer der Wohlfahrt und der Rechte der Holzarbeiter erwiesen. Ihn müssen wir stützen, seine Kraft unablässig verhärtet durch Zuführung neuer Mitglieder. So sichern sich die deutschen Holzarbeiter in diesen schwierigen Zeiten ihre wirtschaftliche Zukunft.

Spartakusputsch und sozialistische Einigung.

Seit Laßalles Zeiten führt die deutsche Arbeiterschaft den Kampf um das freie Wahlrecht. Noch viel älter ist der Kampf des deutschen Volkes um die Pressefreiheit. Mit Mägeln und Zähnen haben sich die bisher herrschenden Gewalten dagegen gewehrt, dem Volk diese Grundrechte einzuräumen. Nun, nachdem das lange Erstreben endlich erreicht ist, will es ein tragisches Geschick, daß die Arbeiterschaft einen blutigen Kampf gegen eigene Klassenossen führen muß, um sich die Ausübung der erstrittenen Rechte zu sichern. Eine kleine Minderheit, der Spartakusbund oder, wie er sich neuerdings nennt, die Kommunistische Partei, will die Wahl zur Nationalversammlung mit Waffengewalt verhindern; der Spartakusbund will das freie Wort nicht gelten lassen, er unterdrückt die Pressefreiheit und will eine Gewaltdiktatur aufstichten, gegen welche sogar die Methoden der verhassten militärischen Machthaber verblaffen.

Senden am 5. Januar das Gebäude des „Vorwärts“ durch einen handstreich bewaffneter Genossen war und in der Folge mehrere bürgerliche Verlagshäuser von den Spartakisten besetzt waren. Die das Erscheinen der Zeitungen ver-

hundert, herrschte in den Straßen Berlins der blutige Bürgerkrieg. Der Spartakusbund hat dann eine Anzahl weiterer Stützpunkte in öffentlichen und privaten Gebäuden besetzt, und es dauerte mehrere Tage, bis die Reichsregierung eine genügende militärische Macht zusammengebracht hatte, um den Putsch gewaltsam zu unterdrücken. Inzwischen haben auch in einer Reihe weiterer Städte, so in Hamburg, Bremen, Dresden, Zwickau, München, Nürnberg, Stuttgart und an anderen Orten bewaffnete Aufstände der Spartakisten stattgefunden, die zum Teil schon in den Anfängen unterdrückt wurden. Fast überall ist bei den Zusammenstößen Blut geflossen. Ein vollständiger Ueberblick über die Vorgänge ist zurzeit kaum zu gewinnen, zumal die Bewegung wohl kaum schon als völlig abgeschlossen gelten kann.

Gegen die Regierung sind wegen der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes die heftigsten Vorwürfe erhoben worden. Die Volksbeauftragten werden als blutdürstige Mörder hingestellt, die aus Mordlust Proletarier hinschlachten ließen. Kein Vorwurf ist unseres Erachtens weniger begründet als dieser. Der einzige Vorwurf, der mit einer gewissen Berechtigung erhoben werden könnte, ist der, daß sie aus Scheu vor Blutergüssen zu lange gezögert haben, von den staatlichen Machtmitteln Gebrauch zu machen. Dadurch haben die Unruhestifter Zeit gewonnen, die eigenen militärischen Vorbereitungen für den geplanten Putsch zu vollenden. Wer gestützt auf seine Waffengewalt der großen Mehrheit des Volkes seinen Willen aufzwingen will, hat kein Recht, sich zu beklagen, wenn die gleichen Waffen gegen ihn angewendet werden.

Der Spartakusputsch ist in seinem Zentrum, in Berlin, niedergeschlagen. Über dem Sieger stände es schlecht an, wollte er in dem besiegten Gegner nur Häckerbanden sehen, zu deren Bekämpfung jedes Mittel recht ist. Der Kern des Spartakusbundes besteht aus tapferen Ideallisten, die tollkühn für eine Idee kämpfen, welche sie für richtig halten. Ihr Vorbild ist der russische Volksweltismus, ihr Ziel die Weltrevolution. Mit den Sozialisten haben sie nur gemein, daß sie an Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine andere, bessere einführen wollen, aber damit hört auch jede Gemeinsamkeit auf. Sie wollen nicht an das Bestehende anknüpfen und organisch weiterbauen, ihr nächstes Ziel ist die Zerstörung des Bestehenden. Wie die russische Revolution auf Deutschland übergegriffen hat, so erwarten sie ein Weitergreifen auf die westlichen Länder. In der ganzen Welt soll der Volksweltismus herrschen, um auf den Trümmern der alten Wirtschaft ein Idealreich der Gleichheit und Brüderlichkeit zu errichten.

Von einer aufbauenden Tätigkeit des russischen Volksweltismus hat man aber bisher nichts gemerkt. Er hat es nur fertiggebracht, das russische Wirtschaftsleben zu vernichten. Dahin dürfen wir es in Deutschland nicht kommen lassen. In dem überwiegend agrarischen Rußland ist ein Wiederaufbau eher möglich als in dem industriellen Deutschland. Die Vernichtung unserer Industrie muß für unser Volk und ganz besonders für die deutsche Arbeiterschaft das furchtbare Elend im Gefolge haben. Wahrscheinlich ist auch die Hoffnung auf die Weltrevolution. Bei den Völkern in den siegreichen Staaten besteht keine Neigung zur Revolution, und wenn es von England ganz zu schweigen, in Frankreich oder in Italien wirklich da oder dort zu Aufständen kommen sollte, was aber durchaus nicht wahrscheinlich ist, dann werden sie mehr als örtliche Bedeutung schwerlich erlangen.

Haben die Ziele des Spartakusbundes mit dem Sozialismus nichts gemein, so noch viel weniger seine Methode. Die Waffe des Sozialismus ist die Ueberzeugung;

Spartakus kämpft mit dem Rüstzeug der Barbaren; seine Argumente sind Maschinengewehre und Handgranaten. Der Sozialismus verläßt sich auf die Kraft seiner Ideen; das freie Wort in Christ und Kede ist sein Panier. Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen, heißt es in dem alten Proletarierlied. Das Volk soll durch den Stimmzettel frei über sein Geschick entscheiden. Spartakus hat in seinem usurpierten Machtbereich die Presse zum Teil unterdrückt, zum Teil unter Zensur gestellt; die Wahl zur Nationalversammlung wollte er gewaltsam verhindern. Zwischen ihm und dem Sozialismus kann es keine Gemeinsamkeit geben.

Noch ein anderes kommt in Betracht. In dem Streben, der Volksmehrheit seinen Willen gewaltsam aufzuzwingen, nahm Spartakus Hilfe an, wo er sie fand. Die Forderung auf heute laute das Verbrechertum der Großstadt aus seinen Schlupfwinkeln. Es strömte zu Spartakus Fahnen, und es erhielt Zugang von Gleichgesinnten aus anderen Städten. Es fällt uns nicht ein, die spartakistischen Ideen für die Raub- und Plünderungszüge der bewaffneten Banden verantwortlich zu machen, die Berlin unsicher machten, aber es war eine ganz selbstverständliche Pflicht der Regierung, diesem Treiben mit den schärfsten Mitteln Einhalt zu tun. Da ihr andere militärische Machtmittel nicht zur Verfügung standen, mußte sie Militär von außerhalb heranzuführen. Es handelte sich um die Beseitigung eines augenblicklichen Notstandes, deshalb erheben wir auch keinen Vorwurf gegen die Anwerbung von Freiwilligen, die Bewaffnung von Offizieren und Studenten zur Abwehr der drohenden Gefahr.

Daß diese Hilfstruppen der Regierung eine Gefahr für die Revolution werden können, verkennen wir dabei keinen Augenblick. Die Schuld daran tragen aber jene, die zuerst zu den Waffen gegriffen haben. Die Regierung zwang, mit bedeutenden Machtmitteln in der Heimat Ordnung zu schaffen, während draußen der russische Revolutionskrieg immer derweil seine Hand nach deutschem Gebiet ausstreckt. Viel lieber hätten auch wir es gesehen, wenn die Truppen, statt in Berlin verwendet zu werden, gegen Osten geschickt worden wären, um die bedrohten Provinzen zu schützen und den Kameraden, denen Gefahr droht, auf dem Marsch in die Heimat abgefeuert zu werden, die so dringend notwendige Hilfe zu bringen. Ungeheure Arbeit harret der Erledigung. Noch haben wir den Frieden nicht. Die Verlängerung des Waffenstillstandes kann nur unter schwersten Opfern erkaufte werden. Im Innern gilt es, der ins Ungeheuerliche wachsenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Das Wirtschaftsleben muß in Gang gebracht werden, die Ernährung des Volkes stellt die Verantwortlichen vor fast unlösbare Aufgaben, da war es ein schweres Verbrechen, diese Schwierigkeiten durch den Spartakusputsch noch weiter zu steigern. Die Unterdrückung des Aufstandes war eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk.

Die Führer des Spartakusbundes, Liebknecht und Rosa Luxemburg, sind bei dem Aufstand in tragischer Weise ums Leben gekommen. Wir teilen die Entrüstung über diesen frühen Tod. Hauptsächlich gelangt es, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Daß die Erklärungen, die auf Grund der Aussagen der Nachkommenschaft über die Vorkommnisse veröffentlicht wurden, nicht ausreichen, liegt auf der Hand. Der angebliche Fluchtversuch Liebknechts steht mit dessen sonstigem Verhalten in so auffälligem Widerspruch, daß man schmerzwollende Beweise braucht, um daran zu glauben. Das Geschick, das an Rosa Luxemburg Unrecht tat, hat den deutschen Namen auf das schlimmste ge-

schändet; verbrecherisch haben auch die Wachen gehandelt, die den bestialischen Mord nicht verhindern konnten; und er wäre mit leichter Mühe zu verhindern gewesen.

Während des Lärms der Berliner Straßenkämpfe hat sich unter der Berliner und der deutschen Arbeiterschaft das Verlangen nach Einigung der sozialistischen Parteien immer stärker geäußert. Wir wollen über die Formen, in denen der Einigungswille zum Ausdruck gelangte, kein Wort verlieren, Tatsache ist jedenfalls, daß die Arbeiter in beiden Lagern des Bruderstreites längst müde sind. Das Berliner Zentralorgan des Spartakusbundes, die „Rote Fahne“, hat alle Bemühungen, eine Verständigung herbeizuführen, mit göttlichem Hohn behandelt. Das war vom Standpunkt des Spartakusbundes aus konsequent, denn eine Einigung mit ihm kann es nicht geben. Was er vertritt und erstrebt, ist die Anarchie, und Anarchismus und Sozialismus sind unversöhnliche Gegensätze.

Gegenüber sind grundsätzliche Unterschiede zwischen den Bestrebungen der beiden sozialistischen Parteien eigentlich gar nicht vorhanden. Meinungsverschiedenheiten über die Taktik, in erster Linie über die Stellung zum Kriege, waren die Veranlassung zur Spaltung. Die Untersuchung über die Richtigkeit des einen oder des anderen Standpunktes hat heute nur historischen Wert. Die Gegensätze, die sonst noch vorhanden sind und aus begrifflichen Gründen recht kräftig unterstrichen werden, sind sachlich von recht geringer Bedeutung. Es besteht kein Grund zur Aufrechterhaltung der Spaltung.

In der geeigneten Partei kann man sich über die Meinungsverschiedenheiten auseinandersetzen, selbstverständlich muß auch die Kriegspolitik Gegenstand der Verhandlung auf dem Parteitag der wieder vereinigten Partei sein. Eine reifliche Ueber einstimmung in allen Fragen wird sich nicht erzielen lassen. Das ist aber auch gar nicht nötig. In dem großen Parteikörper haben die verschiedensten Temperamente und die verschiedensten Auffassungen in Einzelfragen Raum. Weltkriege und kritische Augenblicke innerhalb der Partei sind kein Unglück, wenn sich nur die Kämpfer auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus bewegen. Die Ehrlichkeit, die auch wir mit allen Fasern des Herzens herbeiführen, kann und soll nicht eine Uniformität der Auffassung herbeiführen, aber der verheerende Bruderkampf muß ein Ende nehmen.

Vieler Bruderkrieg hat die Arbeiterschaft schwer geschädigt. Noch ist, während wir dies schreiben, die Wahrscheinlichkeit nicht geschlagen, deren Ergebnis wird vermuthlich zeigen, daß der Kampf zwischen den sozialistischen Parteien dem Sozialismus eine Menge von Stimmen gekostet hat, die ihm andernfalls zugefallen wären. Aber nun muß die Selbstzerfleischung ein Ende nehmen. Wenn der Spartakusputsch den Anstoß zur Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien gegeben haben sollte, dann wäre das im Bürgerkrieg vergossene Blut doch nicht ganz vergeblich geflossen.

Soziales.

Beschäftigungszwang für Schwerbeschädigte.

Das Demobilisationsamt hat am 8. Januar eine Verordnung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter erlassen, die in dem grundlegenden § 1 besagt: „Alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büreaus und Verwaltungen sind verpflichtet, auf je hundert Insgeheim vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Bei der Feststellung der Zahl der Beschäf-

Südwestdeutschland unter der Besetzung.

Auf Unwegen erhalten wir die folgende Aufschrift aus dem besetzten Gebiet.

Der vergangene Weltkrieg, mit den verschiedenen Hoffnungen begonnen, hat zu einem Ende geführt, das wohl einzelne in Deutschland und viele im Ausland gewünscht haben. Wir sind durch die Politik der „früheren Herrscher“ in eine Lage gekommen, die alles andere als herrliche Zeiten sind. Millionen gesunde und kräftige Männer, Schlachtopfer des Imperialismus, sind entweder als Kriegsbeschädigte oder überhaupt nicht mehr herangezogen; für die verlorene Sache sind Opfer gebracht worden, die einer kulturfördernden würdiger gewesen wären. Sei ihm nun, wie ihm wolle, wir müssen uns leider mit dieser Sache abfinden und versöhnen, uns mit den gegebenen Verhältnissen vertraut zu machen und daraus die Ausnützung ziehen als politisch und wirtschaftlich Beteiligten.

Die Revolution als Folge des deutschen militärischen Zusammenbruchs hat den Krieg gleichsam durch Ausschlag beendet. Alles, was nur ein faules Sozialismus oder Demokratie im Herzen hatte, freute sich ihres Sieges. Einzelne, weil der wie ein Alp drückende Kolch von Militarismus am Boden lag, andererseits, weil es endlich einmal möglich war, frei zu atmen und mit der vorgezeichneten Wahl der Konstituenten die Möglichkeit gegeben werden sollte, daß sich die neue, modernste Republik, von einem geistig hochstehenden Volk gestützt, aufbauen und entwickeln kann.

Die Verbdingungen dafür sind erfüllt, aber in den weichen Geiz der Dinge ist ein Traueres Bitternis gekommen. Bei der Freude am Gewinn ist ganz außer gewöhnlicher Weise fort. Die Waffenstillstandsbedingungen, die notwendige Brücke zum Frieden, sind so hart, daß es sich verlohnt, auch die Freie der Bevölkerung, die in der glücklichen Lage sind, außerhalb der jetzt besetzten Gebiete zu wachen, zu informieren, damit auch das Hinterland weiß, wie ein großer Teil derselben die Nachwehen des vierjährigen Krieges zu erdulden hat. Wir bitten jetzt die unglücklichen Feinde und Verordnungen derjenigen, die sich während des Krieges als Tapferkämpfer und als Tapferkämpfer verhielten, vorwärts zu kommen, aber die Frage wäre orientiert werden, wie die Welt behandelt hat als Sieger.

Ein Anfang gemacht ist das linke Rheinland vom Gegner besetzt. Schlag-Exzessionen hat keine national umgeladene, zum Teil aus Selbstbehauptungstrieb. In den ersten

Tagen schien es, als sei das Ganze dem südwestdeutschen Volkscharakter entzweihend nur eine Episode. Auf- und Umzüge sind hier nicht selten gewesen, und so wurde auch der „Einzug der Franzosen“ wohl überall würdig, aber auch zum Teil gleichgültig empfunden. Die Bürgergeist atmete auf, waren doch dadurch auch alle Errungenschaften der Revolution fürs erste in Frage gestellt, und manchem Bürgermeister wird nachgelagt, er habe die Besetzung herbeigeführt. Wie weit dies Tatsache ist, bleibt dahingestellt, aber eins traf ein, alle Faktoren der Revolution, Arbeiter- und Soldatenräte, Bürgerwehren usw., mußten verschwinden, und die alte, morische, bürgerliche Verwaltungsmaschine wurde wieder unter französischer Kontrolle in Tätigkeit gesetzt, unter dem Hohnlachen des honesten Bürgertums. Kurz, die Tätigkeit war von je eine Krankheit unserer bürgerlichen Gesellschaft, hier möge dies wieder betont werden.

Die ersten Verordnungen waren noch ertüchlich, es ist wohl hart, nach vier Jahren Krieg und einigen Tagen Freiheit sich in feiner zerpflanzter Forderung Schranken setzen zu lassen, aber das waren Selbstverständlichkeiten. Die Verordnungsleiter hatte erst die erste Epoche erklommen, es ging progressiv weiter. Ausweisung für jedermann vom 12. Lebensjahre an, daselbst für jede Pohnacht, soweit eine solche überhaupt möglich ist, Verbot jeder Zusammenkunft, sei es politischer oder wirtschaftlicher Art. Ausnahmen sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung des französischen militärischen Befehlshabers gestattet, dem auch der Wortlaut des zu behandelnden Gesetzes vorgelesen werden muß. Es ist fast jede Versammlungstätigkeit unterbunden, und das in einer Zeit, wo Aufklärung mehr denn je notwendig. Erinnerungen an das Sozialistengebiet tauchen auf. Das politische und gewerkschaftliche Leben steht, dazu kommt, daß der Verkehr nach dem deutschen Hinterland hermetisch abgeschlossen ist. Keine Zeitung oder sonstige Druckerei soll eingeführt werden, wir leben wie auf einer Insel. Der Handel liegt darnieder, der Geldverkehr hockt; dadurch, daß jede Einfuhr außer Lebensmitteln verboten ist, leidet die Industrie ganz enorm, und die Folge ist, daß auch sonst mit Aufträgen zu schaffen wird und überall die Rohstoffe fehlen, daß die Arbeitslosigkeit erschreckend hoch wird. Diejenigen industriellen Werke und Betriebe, die ordern für Kriegsbedarf arbeiteten, müssen, bevor ein anderer Erwerbseweg in Aussicht ist, stillliegen. Die Frage entsteht, wo soll das hinanz? Doch noch ein weiteres, wichtiges Moment kommt in Betracht. Es geht das Gerücht, und bürgerliche Blätter legen die Frage der Besatzungstruppe in den Mund, daß

die Arbeiterlosen interniert werden sollen. Wir glauben nicht daran. Schon der Gedanke könnte verzweifelt stimmen, man träubi sich mit der Tatsache zu rechnen. Die Reichsregierung hat schon Schritte zur Vinderung der schärfer Bestimmungen unternommen; hoffen wir, daß es gelingt.

Es wird jede Möglichkeit erwogen, Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, die Verhältnisse sind härter als die Menschen. Es scheint fast, als redete der Gegner, der jetzt hier die Gewalt hat, damit, daß Industrie, Handel und Verkehr sich auf eigene Füße stellen oder sich über abhängig machen sollen von den westlichen Staaten. Auch die organisierte Arbeiterschaft ist gezwungen, selbständig zu arbeiten, diesbezügliche Fragen wurden schon erwogen. Unsere erregenen Vorteile unterliegen bei uns Vorkommnissen nicht den deutschen Gesetzen. Es besteht der Wunsch, unter allen Umständen nach deutscher Weisheit und Vergangenen zu arbeiten, wir sind für die westeuropäische Kultur nur so weit zugänglich, als Besseres übernommen werden kann. Unsere Organisation war murrig und wird es auch in Zukunft sein. Die Fremdherrschaft hat sich bisher nur als Gegenstand zur früheren preußischen Gewerkschaft gezeigt, wir legen nach Freiheit, die nur allein das Glück für die soziale Vervollständigung der Arbeiterschaft verheißt. Das ist kein Nationalismus in gewesener Aufmachung, sondern das Ergebnis der Arbeit eines halben Jahrhunderts.

Die Errungenschaften der organisierten Arbeiterschaft sind im besetzten Gebiet schwer gefährdet, wenn es nicht gelingt, die Klippen, die jetzt dem europäischen Staatenaufbau im Wege stehen, so zu umschiffen, daß wir gut und sicher ans Land kommen. Dazu ist es aber notwendig, daß sich jeder einzelne Arbeiter vergegenwärtigt, daß auch er seinen Posten auszufüllen hat, daß nicht allein die Organisationszugehörigkeit die Erreichung des Zweckes ist, sondern daß jeder mit Herz und Hand zur Sache steht. Jetzt gilt es, wohl die Zähne aufeinanderzubeißen, aber es kommt auch wieder die Zeit, wo wir alle wieder frei atmen und uns betätigen können; die Welt sieht auf uns, und unsere Leiden mögen heiliges Feuer der politischen und wirtschaftlichen Betätigung auslösen. Als deutsche Gewerkschaftler haben wir der Unterdrückung durch das Kapital getrotzt und sie überwunden, und jetzt wollen wir mit Stolz die feindliche Besetzung über uns ergehen lassen zum Wohle der gegenwärtigen und der kommenden Generation.

tigten sind mehrere Betriebe, Bureaus und Verwaltungen...

Für die Landwirtschaft gilt vorkühnend mit der Maßgabe...

Unbesetzte Arbeitsplätze für Schwerbeschädigte sind jeweils unverzüglich...

Als Schwerbeschädigte im Sinne dieser Verordnung gelten sowohl Krlegsg. als auch Unfallverletzte...

Gefangenenauftrieb

Nach einer amtlichen Bekanntmachung sind in der Zeit vom 9. November bis 31. Dezember an Gefangenen abtransportiert worden...

Table with 2 columns: Nationality (Russien, Ukrainer, Polen) and Count.

Zusammen 851 372

An Russen sind noch ungefähr 700 000 in Deutschland. Ueber die Zahl der gefangenen Rumänen werden keine Angaben gemacht...

Ueber die in deutscher Hand gewesenen Gefangenen aus den westlichen Ländern und deren Abschub unterrichtet die folgende Uebersicht:

Table with 4 columns: Nationality, Zahl der Gefangenen in deutscher Gewalt, Bis 31. Dezember abbehalten, Noch in Deutschland.

Die Entente verlangte, daß die restlichen 245 000 in der Zeit vom 1. bis 10. Januar übergeben sein müßten...

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen des Vorstandes

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 4. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

In Wülstegsdorf (Gau Breslau), Niederflinow-Depe und Boruth (Gau Berlin), Herrnhut, Obercaunersdorf und Müdenberg (Gau Dresden), Wald-Latal (Gau Erfurt), Braunlage (Gau Magdeburg), Nordern (Gau Hamburg), Bodeneim (Gau Hannover), Rieggau (Gau Nürnberg) und Rmetzel (Gau München) wurden neue Zahlstellen gegründet.

Die während des Krieges eingegangenen Zahlstellen Hetsfeld, Stadthagen, Gethain, Gellstein, Belgard und Reichenhausen sind wiedereröffnet.

Auf unsere Bekanntmachung in Nr. 3 betreffend Wahl eines zweiten Gauvorsitzers in den Gauen Hamburg, Nürnberg und Stuttgart machen wir hiermit nochmals aufmerksam.

Berlin SO. 16, Am Röllischen Park 2

Der Verbandsvorstand

Zentralkommission der Drecksler

Nachdem durch den Krieg vierundzwanzig Jahre hindurch jede Verbindung mit den Kollegen aufgehört hatte und somit jedes weitere Wirken für die Branche unterbunden war...

Kollegen! Während alle übrigen Zentralkommissionen in der Kriegszeit auf eine recht erfolgreiche Tätigkeit auf ganz erhebliche Errungenschaften für ihre Kollegen zurückblicken können...

Werte Kollegen! Wir bitten um eure rege Mitarbeit, wir brauchen eure Hilfe, wenn wir als Zentralkommission etwas leisten sollen.

zelen Zahlstellen sind, beginnen wir mit der Besendung der Halbjahrsfragebogen.

Die Zentralkommission besteht aus den Kollegen Gleitsmann, Kühnert, Lehner, Lentau und Seidel.

Wir geben uns der festen Hoffnung hin, daß nach der langen anstrengenden Ruhezeit die Kollegen allerorts für eine rege Unterstützung und Mitarbeit Sorge tragen werden.

Alle Zuschriften erbitten wir an: Doktor Gleitsmann, Leipzig-Schleußig, Körnerstraße 91, II.

Korrespondenzen

Am a. d. Elbe. (Schiffbauere.) Die hiesigen Kollegen hatten während des Krieges schwer zu ringen, denn der Lohn, den die Herren Plade und Schüge zahlten, war sehr gering.

Aus der Holzindustrie

Offene Stellen für Holzarbeiter

Nach dem 'Arbeitsmarkt-Anzeiger' vom 18. Januar, herausgegeben vom Statistischen Reichsamte, Abteilung für Arbeiterstatistik...

- List of job openings: Bauhilfshler: Siegen 13, Holzarbeiter: Eilochau 20, etc.

Gewerkschaftliches

Anschluß der elsass-lothringischen Gewerkschaften an den französischen Gewerkschaftsbund

Nach den Meldungen französischer Blätter hat am 5. und 6. Januar in Straßburg eine Konferenz der elsass-lothringischen Gewerkschaften stattgefunden...

Im b, der in Paris die Zulassung der elsass-lothringischen Gewerkschaften zum französischen Arbeiterbund...

Die Beschlüsse für die auf der Konferenz herrschende Stimmung wird eine Stelle aus der von Im b gehaltenen Rede wiedergegeben, der begeisterte Zustimmung auslöste...

Sachlich wurde beschlossen, daß Elsass-Lothringen innerhalb des französischen Gewerkschaftsbundes einen eigenen Regionalverband bilden soll...

Beschlossen wurde, für den Bezirk Elsass-Lothringen ein gemeinsames Gewerkschaftsblatt herauszugeben...

Wir haben es als selbstverständlich erachtet, daß sich die Arbeiter in Elsass-Lothringen den französischen Gewerkschaften anschließen...

Der Lederarbeiter-Verband beruft seine 16. Generalversammlung auf den 16. Juni nach Berlin.

Eingefandt

Maschinenarbeiter

Es ist wohl an der Zeit, daß wir uns einmal damit beschäftigen, wann und wie eigentlich unsere Forderungen nach vermehrtem Unfallchutz verwirklicht werden sollen.

Arbeitslosigkeit im Monat Dezember 1918

Table with 12 columns: Gau, Zahlstellen, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, etc.

Von nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht eingelangt: Demmin, Rallitz, Kowitz, etc.

Table with 4 columns: Month, Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats, etc.

